

Pressemitteilung
03.07.2026

DGPPN zur Präventionsoffensive des BMG: Psychische Gesundheit muss zentraler Bestandteil sein

Ein neues Positionspapier der psychiatrischen Fachgesellschaft fordert eine verbindliche Gesamtstrategie zur Prävention psychischer Störungen – mit klarem Fokus auf junge Menschen, Familien, Suizidprävention und „Brain Health“. Die Prävention psychischer Störungen muss zum festen Bestandteil nationaler Gesundheitspolitik werden.

Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) fordert, die Prävention psychischer Störungen und die Förderung psychischer Gesundheit ausdrücklich in der Präventionsoffensive des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) zu verankern. Dazu hat die Fachgesellschaft heute das Positionspapier *Prävention psychischer Störungen: Evidenz nutzen – Zukunft gestalten* veröffentlicht, das die wissenschaftliche Evidenz bündelt und klare politische Handlungsschritte benennt. Die zentrale Botschaft an die Politik: Deutschland fehlt es nicht an Wissen, sondern an Umsetzung.

DGPPN-Präsidentin Prof. Dr. Euphrosyne Gouzoulis-Mayfrank führt aus: „Wir begrüßen die Präventionsoffensive ausdrücklich. Unabdingbar ist allerdings, dass psychische Gesundheit Teil dieser Offensive ist. Sie muss von Beginn an ausdrücklich einbezogen sein, mit klar definierten Zielen, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten.“

Denn psychische Störungen gehören zu den häufigsten und folgenschwersten Gesundheitsproblemen. Sie beginnen oft schon in jungen Jahren, verursachen großes Leid für die Betroffenen und ihre Angehörigen, beeinträchtigen Bildung, Erwerbsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe und ziehen hohe volkswirtschaftliche Kosten nach sich. Neuesten Schätzungen zufolge betragen die gesamtwirtschaftlichen Kosten psychischer Erkrankungen bis zu 4,8 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Gleichzeitig zeigt die Evidenz, dass ein erheblicher Teil der Krankheitslast vermeidbar wäre.

„Die Prävention psychischer Störungen kann Leid vermindern und Ressourcen sparen. Das verdeutlichen die Daten, die wir in unserem Positionspapier *Prävention psychischer Störungen: Evidenz nutzen – Zukunft gestalten* zusammengetragen haben“, erläutert

VORSTAND

Prof. Dr. Euphrosyne Gouzoulis-Mayfrank
Präsidentin
Prof. Dr. Andreas Meyer-Lindenberg
Past President
Prof. Dr. Sabine Herpertz
President Elect

Prof. Dr. Andreas Bechdorf
Dr. Sylvia Claus
Prof. Dr. Dr. Katharina Domschke
Prof. Dr. Andreas J. Fallgatter
PD Dr. Karel Frasch
Prof. Dr. Frank Jessen
Dr. Sabine Köhler
Prof. Dr. Jürgen L. Müller

Prof. Dr. Thomas Pollmächer
Prof. Dr. Andreas Reif
Prof. Dr. Steffi G. Riedel-Heller
Dr. Christa Roth-Sackenheim
Prof. Dr. Rainer Rupprecht
Dr. Nina Schubotz
Dr. Bettina Wilms
Prof. Dr. Peter Zwanzger, Kassenführer

HYPOVEREINSBANK MÜNCHEN
IBAN DE18 7002 0270 0015 8187 71
BIC HYVEDEMMXXX
VR 26854 B, Amtsgericht
Berlin-Charlottenburg
UST-ID-Nummer
DE251077969

die Erst-Autorin des Papiers, Prof. Dr. Steffi Riedel-Heller, Mitglied im Vorstand der DGPPN. „Prävention darf nicht mehr nur in zeitlich befristeten Einzelprojekten abgehandelt werden. Die Prävention psychischer Erkrankungen muss flächendeckend zu einer verbindlichen Kernaufgabe der Politik werden.“

Die DGPPN fordert deshalb eine nationale Gesamtstrategie nach dem Prinzip *Mental Health in All Policies*. So soll psychische Gesundheit als ressortübergreifende Aufgabe auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene verankert werden. Zur nachhaltigen Förderung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung fordert die Fachgesellschaft insbesondere den Ausbau von Angeboten der Prävention und Frühintervention für junge Menschen sowie mehr Unterstützung für Kinder psychisch und suchtkranker Eltern. Zudem wird eine stärkere Förderung von bevölkerungsweiten Initiativen zu Brain Health und Demenzprävention gefordert, die flächendeckende Umsetzung und gesetzliche Verankerung der Suizidpräventionsstrategie der Bundesregierung sowie der Ausbau von Programmen wie Mental Health First Aid (MHFA) zur Förderung von Gesundheitskompetenz der Bevölkerung. Entscheidend ist außerdem ein systematisches Monitoring der psychischen Gesundheit der Bevölkerung, denn nur dann ist eine datengestützte Planung, Steuerung und Evaluation von Präventionsmaßnahmen möglich.

„Die Evidenz für Prävention ist eindeutig“, fasst Erst-Autorin Steffi Riedel-Heller zusammen. „Die Herausforderung besteht heute darin, wirksame Prävention flächendeckend, nachhaltig und gerecht umzusetzen. Prävention psychischer Störungen ist keine Option, sondern eine gesundheitspolitische Notwendigkeit. Jetzt gilt es, Wissen in Handeln zu überführen.“

Weitere Informationen

- [„Prävention psychischer Störungen: Evidenz nutzen – Zukunft gestalten“ \[PDF\] | DGPPN-Positionspapier | Juni 2026](#)
- [DGPPN-Referat *Prävention psychischer Erkrankungen* | DGPPN-Website](#)
- [DGPPN-Referat *Psychosoziale Versorgungsforschung und Public Mental Health* | DGPPN-Website](#)

Kontakt
DGPPN-Pressestelle
Reinhardtstraße 29
10117 Berlin
T +49 30 2404 772-11
E pressestelle@dgppn.de
dgppn.de